

preisgegeben wurde, obwohl die deutsch-estnischen Beziehungen gut waren, zeigt, daß eine Orientierung nach Deutschland hin keine Rettung bedeutet hätte.

Positiver ist das Urteil Dunsdorfs über die Kultur- und Bildungspolitik der autoritären Periode; es entspricht im wesentlichen dem *Ä. Sildes* in seinem bereits erwähnten Werk „*Latvijas vēsture*“. Insgesamt gesehen aber scheint dem Rezensenten die Geschichte des autoritären Ulmanis-Regimes etwas allzu sehr unter dem Einfluß heutiger Gesichtspunkte und Auffassungen geschrieben zu sein. Die Zeitgenossen sahen und beurteilten aus ihrer Kenntnis und ihrem Verständnis naturgemäß manches anders.

Ungeachtet dieser Einwände stellt die Ulmanis-Biographie von Dunsdorfs sicher eine Bereicherung des baltischen historischen Schrifttums dar. Das ausführliche Quellen- und Literaturverzeichnis und vor allem die umfangreichen einzelnen Quellenhinweise geben zugleich viele Anregungen für die weitere Forschung. Sehr hilfreich und oft sehr aufschlußreich sind die vom Vf. für alle handelnden Personen im Register beigefügten kurzen biographischen Angaben. Besonders zu begrüßen ist schließlich die nach den fünf Abschnitten des Werkes gegliederte englische Zusammenfassung.

## Die baltische Krise 1938—1941\*

von

Jürgen von Hehn

Unter diesem Titel erschien in der „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ eine Untersuchung des finnischen Historikers Seppo Myllyniemi über die Vorgänge, die zur Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion im Jahre 1940 führten. M., der bereits durch seine Arbeit über die Politik der deutschen Besatzungsmacht in den baltischen Ländern während des Zweiten Weltkrieges<sup>1</sup> bekannt geworden ist, bestätigt auch mit dieser Schrift seinen Ruf als kritisch prüfender und urteilender Historiker. Die wichtigste Unterlage der Darstellung bilden neben dem einschlägigen Schrifttum die Erinnerungen ehemaliger baltischer Politiker, die bei der sowjetischen Annexion in die Emigration gingen, die Berichte des vom amerikanischen Kongreß eingesetzten Untersuchungsausschusses, der die Ereignisse, die zum Untergang der baltischen Staaten führten, aufklären sollte, und vor allem Akten

\*) S. Myllyniemi: Die baltische Krise 1938—1941. Aus dem Finnischen übersetzt von D. Assmann (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 38), Stuttgart 1979, 167 S.

1) S. Myllyniemi: Die Neuordnung der Baltischen Länder 1941—1944. Zum nationalsozialistischen Inhalt der deutschen Besatzungspolitik (Dissertationes historicae, Bd 2), Helsinki 1973. Vgl. dazu auch die Besprechung von H. Weiss in: ZfO 23 (1974), S. 742—744.

der Außenministerien in Helsinki, Stockholm, Bonn und London, insbesondere die Berichte der damals in den baltischen Staaten tätigen finnischen, schwedischen, deutschen und britischen Diplomaten. M. hebt zweifellos zutreffend hervor, daß das aus dem Auswärtigen Amt stammende Material besonders „aufschlußreich“ sei, weil die deutschen diplomatischen Vertreter im Baltikum in der „sogenannten Stützpunktperiode“ mit den sowjetischen Vertretern in Verbindung standen, in ihren Berichten auf die Stimmung der Bevölkerung eingehen und weil die deutschen Gesandtschaften ihre Tätigkeit in beschränktem Umfang auch noch bis in das Jahr 1941 fortsetzten, obwohl die baltischen Staaten seit dem August 1940 in die UdSSR eingegliedert worden waren. Wie wichtig die deutschen Akten sind, zeigt beispielsweise M.s Darstellung der Entwicklung in Litauen besonders deutlich. Nach Ansicht des Rezensenten können sie auch für Estland und Lettland noch mehr bieten, als es M. in ihnen zu finden gelungen ist.<sup>2</sup>

Völlig neue Erkenntnisse über die Ereignisse jener Jahre kann M. naturgemäß nicht bringen. Das wäre allenfalls möglich, wenn er Zugang zu den Akten des ehemaligen estnischen, lettischen und litauischen Außenministeriums und denen des sowjetischen Außenkommissariats und anderer hoher sowjetischer Staats- und Parteibehörden gehabt hätte. Aber M. gelingt es, hier und da neue Akzente zu setzen und das Bild der Entwicklung deutlicher zu machen. Ihm geht es vor allem darum, den Eigenanteil der baltischen Staaten an den Ereignissen und Vorgängen in Aktion und Reaktion auf die Politik der Großmächte stärker herauszuarbeiten, als das in der bisherigen Literatur geschehen ist, wo die baltischen Staaten fast nur als Objekte der Politik vor allem des Deutschen Reiches und der Sowjetunion behandelt wurden. Der sowjetischen Politik versucht M. besser als in den meisten bisher vorliegenden Untersuchungen gerecht zu werden, indem er sie unter dem von sowjetischer Seite herausgestellten Aspekt der Sicherheit verständlich zu machen bemüht ist. Nach Ansicht des Rezensenten war dieser Gesichtspunkt allerdings keinesfalls entscheidend.

Besonders eingehend ist die Darstellung über Estland, wahrscheinlich weil dem Vf. mit Hilfe des Finnischen auch estnisches Schrifttum und vor allem auch estnische Zeitungen aus jener Zeit zugänglich waren. Im Vergleich damit wird die Entwicklung besonders in Lettland etwas zu knapp und, wie dem Rezensenten scheint, nicht immer ganz zutreffend geschildert. Auch Fehler und Irrtümer, die leicht zu vermeiden gewesen wären, kommen vor; so sind z. B. die Angaben zur Person des letzten lettischen Außenministers Munters teilweise falsch.<sup>3</sup> Lettische und ebenso litauische Zeitungen hat M. nicht benutzt, Schrifttum nur, sofern es in Englisch oder Russisch vorlag. Infolgedessen sind wichtige lettische Erinnerungswerke wie z. B. die des letzten lettischen Gesandten

2) Vgl. weiter unten. — Beispiele dafür gibt der Rezensent auch in seiner demnächst erscheinenden Darstellung „Die Umsiedlung der baltischen Deutschen — das letzte Kapitel baltisch deutscher Geschichte“.

3) M. stützt sich bei seinen Mitteilungen auf einen Bericht der Rigaer Deutschen Gesandtschaft aus dem Jahr 1936, statt sich an die Angaben der *Latvju Enciklopēdija* [Lettische Enzyklopädie] oder an den Aufsatz des Rezensenten in: *Osteuropa* 13 (1963), S. 326—327, zu halten. — Munters war seiner nationalen Herkunft nach nicht „teils Deutscher, teils Este“ (S. 22), vielmehr waren seine mütterlichen Vorfahren rein deutscher Herkunft, während seine väterlichen Vorfahren ursprünglich aus dem Lettentum kamen, aber schon lange germanisiert waren.

in Berlin Ed. Krieviņš<sup>4</sup> sowie der Politiker Ā. Klīve<sup>5</sup> und F. Cielēns<sup>6</sup> nicht ausgewertet worden; von zahlreichen Schriften des letzten lettischen Ministers für öffentliche Angelegenheiten im freien Lettland Alfrēds Bērziņš ist lediglich das 1963 in New York erschienene Buch „The Unpunished Nation“<sup>7</sup> berücksichtigt worden. Ähnliches gilt auch in bezug auf die litauische politische Memoirenliteratur.

Ebenso ist das einschlägige deutsche Schrifttum längst nicht ausreichend berücksichtigt worden. So hat M. offenbar nicht den Aufsatz von Wilhelm Baron Wrangell „Die Vorgeschichte der Umsiedlung der Deutschen aus Estland“ eingesehen, obwohl dieser einige wichtige Einzelheiten zur estnischen Politik und Haltung während der Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Einräumung von Stützpunkten enthält.<sup>8</sup> Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, daß M. die Bedeutung der Umsiedlung der baltischen Deutschen für den estländischen und lettländischen Staat überhaupt zu gering einschätzt und darauf nur sehr knapp eingeht. Dabei war es gerade dieses Ereignis, das, wie Ādolfs Šilde in seiner „Geschichte Lettlands 1914—1940“ feststellt, die Befürchtungen um das weitere Schicksal des Staates beträchtlich verstärkte, weil die Umsiedlung von vorherein entgegen aller Propaganda und allen Dementis mit den von Moskau aufgezwungenen Verträgen in Verbindung gebracht wurde.<sup>9</sup> Und W. Baron Wrangell berichtet in seinem erwähnten Aufsatz (S. 156), der estnische Ministerpräsident Eenpalu habe, als er von der beabsichtigten Umsiedlung der baltischen Deutschen erfuhr, einen Schock erlitten und ausgerufen: „Dieses ist das Ende Estlands!“ Soviel zur Thematik und zu den Grundlagen der Arbeit.

M. beginnt seine Darstellung mit einem für die deutsche Fassung geschriebenen besonderen Kapitel, in dem er einen kurzen Überblick über die innenpolitische Entwicklung seit den Staatsgründungen gibt, die wichtigsten Probleme umreißt und den Übergang zu autoritären Regierungsformen, 1926 in Litauen, 1934 in Estland und Lettland, schildert. Er hebt hervor, daß die politische Entwicklung, namentlich in Estland und Lettland, immer mehr nach rechts tendierte und die Sozialdemokratie seit den Staatsgründungen ständig an Gewicht verlor; die Bauernparteien, besonders der Bund der Landwirte in Estland und der Bauernbund in Lettland<sup>10</sup>, hätten eine große Rolle gespielt. Zu

4) Ed. Krieviņš: Viņās dienās, Atmiņas, apcerējumi un laika biedru suminājumi [In jenen Tagen. Erinnerungen, Abhandlungen und Würdigungen von Zeitgenossen], Melbourne 1966.

5) Ā. Klīve: Latvijas neatkarības gadi [Die Jahre der Unabhängigkeit Lettlands], Brooklyn 1976.

6) F. Cielēns: Laikmetu maiņā, Atmiņas un atziņas [Im Wechsel der Zeitalter. Erinnerungen und Erkenntnisse], Bde 1—3, Lidingö 1961—1964.

7) Dagegen fehlen von Bērziņš: I Saw Vishinsky Bolshevize Latvia, Washington D. G. 1948; Labie gadi [Die guten Jahre] Brooklyn 1963; Kārlis Ulmanis cilvēks un valstvis [Kārlis Ulmanis, der Mensch und Staatsmann] New York 1973, 1974.

8) In: Baltische Hefte 4 (1958), S. 134—165.

9) Ā. Šilde: Latvijas vēsture 1914—1940, Stockholm 1976, S. 679.

10) In bezug auf Lettland spricht M. fälschlich von einem „um . . . den Bauernbund herum entstandenen Bauernblock“ (S. 12). Davon kann keine Rede sein, vielmehr gab es neben dem Bauernbund noch andere Bauernparteien und zwischen diesen und dem Bauernbund, von dem sie sich teilweise abgespalten hatten, bestanden vielfach Spannungen und Differenzen. Vgl. J. von Hehn: Die politische Bedeutung des Bauerntums in der unabhängigen Republik Lett-

Recht betont M. auch den starken Drang nach höherer Bildung, ebenso, daß das kulturelle Leben in den drei baltischen Staaten auf England und Frankreich hin ausgerichtet wurde. In Lettland und Estland habe man versucht, auf diese Weise den bisher dominierenden deutschen Kultureinfluß zurückzudrängen. Wichtig und richtig ist auch der knappe Hinweis auf die Frage der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung. Sie war in Estland am einheitlichsten; in Lettland dagegen entfiel rund ein Viertel auf die nationalen Minderheiten, und dazu kam das sowohl in nationaler wie in konfessioneller Hinsicht komplizierte lettgallische Problem.<sup>11</sup> In Litauen betrug der Anteil der Minderheiten an der Gesamtbevölkerung von 2,17 Mill. im Jahr 1929 16,3 v. H.; den größten Teil bildeten dabei die Juden. Das von M. zur Charakterisierung der Bedeutung des nationalen Problems in Lettland gebrachte Beispiel über die Zusammensetzung der Einwohnerschaft Rigas im Jahr 1919 (gemeint ist wahrscheinlich das Jahr 1920) ist dafür allerdings insofern wenig geeignet, als die Verhältnisse damals noch ganz im Zeichen des Krieges standen und von einer Normalisierung noch keine Rede sein konnte.<sup>12</sup> Völlig zutreffend bemerkt M., daß die nationalen Minderheiten, besonders die Deutschen und Juden, im Handel und in der Industrie eine große, über ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung hinausgehende Rolle spielten und daß das autoritäre Lettland dann eine Lettisierung des Wirtschaftslebens einleitete. Diese Maßnahmen störten übrigens das Verhältnis Lettlands zum Deutschen Reich genau so wie die im kulturellen Bereich gegen die Minderheiten unternommenen Schritte. In Anbetracht der heutigen Situation der Esten und Letten verdient der Hinweis M.s auf ihre schon damals niedrige Geburtenziffer gegenüber wesentlich höheren Geburtenraten der slawischen Minderheiten besonderes Interesse.

Die Behandlung des eigentlichen Themas: „Die baltische Krise“, beginnt M. mit den Auswirkungen des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes vom Januar 1934 auf die sowjetische Politik gegenüber den baltischen Staaten; ob dabei tatsächlich, wie M. schreibt, „die Bewahrung der Unabhängigkeit“ derselben „jetzt“ zu einem „Anliegen“ der Sowjetunion wurde (S. 16), oder ob sich die sowjetische Politik nur diesen Anschein gab, sei dahingestellt. Nach Ansicht des Rezensenten hat der Kreml niemals seit den Friedensschlüssen von 1920 das Ziel der Wiederangliederung der baltischen Länder an die Sowjetunion aufgegeben.<sup>13</sup> Die einzelnen Etappen dieser sowjetischen Politik, angefangen von dem Berlin im März 1934 gemachten Vorschlag eines gemeinsamen Protokolls über

---

land 1918—1940, in: Europäische Bauernparteien im 20. Jahrhundert, hrsg. von H. Gollwitzer, Stuttgart, New York 1977, S. 223—241.

11) Der in der Landschaft Lettgallen siedelnde lettische Volksstamm heißt Lettgaller und nicht Lettgallen, wie der Übersetzer anzunehmen scheint.

12) Die erste lettische Volkszählung fand 1920 und nicht 1919, wie M. schreibt, statt. 1925 waren nach der inzwischen erfolgten Stabilisierung der Verhältnisse von den jetzt wieder 337 699 Einwohnern Rigas (1920: nur rd. 185 000) 58,9 v. H. Letten, 13,0 v. H. Deutsche, 11,7 v. H. Juden, 8,2 v. H. Großrussen, 3,9 v. H. Polen, 2,3 v. H. Litauer, 0,7 v. H. Esten, 0,5 v. H. Weißrussen und 1 v. H. Sonstige.

13) In Berlin war man sich auch in den 1920er Jahren darüber sehr wohl klar und stellte dieses in Rechnung (vgl. K.-H. Grundmann: Deutschlandspolitik zur Zeit der Weimarer Republik. Eine Studie am Beispiel der deutsch-baltischen Minderheit in Estland und Lettland [Beiträge zur baltischen Geschichte, Bd 7], Hannover-Döhren 1977, S. 451 ff.), sicher auch in Paris und London.

die Unabhängigkeit der baltischen Staaten<sup>14</sup> bis zu den sowjetischen Versuchen, die französischen Ostpaktpläne auch für die Sicherheit der baltischen Staaten auszunutzen, brauchen hier nicht näher erörtert zu werden; lediglich auf ein von M. erwähntes, bisher nicht oder nur wenig bekanntes Detail der Politik der baltischen Staaten selbst sei hingewiesen. Gestützt auf eine Arbeit des Finnen O. Vehviläinen berichtet er, der lettische Ministerpräsident Ulmanis habe, nachdem Berlin den erwähnten Litvinov-Vorschlag über ein gemeinsames Protokoll abgelehnt hatte, angeregt, auf der Grundlage des Litvinov-Vorschlages einen multilateralen Nichtangriffs- und Garantievertrag zu schließen, „der den Frieden und den status quo des Baltikums sichern würde“ (S. 16). Berlin aber wollte auch davon nichts wissen.

Mit dem Anschluß Österreichs und der Münchener Konferenz spitzte sich die Lage für die baltischen Länder beträchtlich zu. „Das machtpolitische Gleichgewicht in Europa war gestört“, schreibt M., „und das begriff man auch im Baltikum. Das Schicksal der kleinen Völker stand jetzt auf des Messers Schneide“ (S. 24). Litauen bekam als erster der baltischen Staaten die Veränderung der politischen Lage zu spüren. Wenige Tage nach dem Einmarsch deutscher Truppen in Österreich erzwang Polen durch ein Ultimatum die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, die 18 Jahre lang geruht hatten, und rund ein Jahr später erzwang Berlin die Rückgabe des Memelgebietes. Allerdings sei, wie M. feststellt, schon seit der Neuwahl des memelländischen Landtages im Dezember 1938, bei der die memeldeutsche Liste 25 und die Litauer nur 4 Mandate erhielten, und der seitdem auf allen Gebieten rasch fortschreitenden „Nazifizierung“ deutlich gewesen, daß diese Entwicklung nicht mehr zu umgehen sei (S. 29 f.).<sup>15</sup> In litauischen Regierungskreisen, schreibt M. weiter, habe man diese Lösung „eher mit Gefühlen der Erleichterung als Niedergeschlagenheit“ aufgenommen. Nach der Besetzung Prags habe man nämlich befürchtet, Deutschland werde sich nicht mit dem Memelgebiet begnügen, sondern ganz Litauen zu seinem Protektorat machen wollen (S. 31). Die von M. als „zweifellos“ richtig wiedergegebene Ansicht des finnischen Gesandten in Riga und Kaunas Palin, der „Hauptzweck des Memelvertrages vom deutschen Standpunkt aus betrachtet“ sei gewesen, „Litauen politisch und wirtschaftlich von sich abhängig zu machen, in erster Linie, um diese Abhängigkeit zur Einkreisung Polens zu benutzen“ (S. 32), dürfte freilich etwas einseitig und überspitzt sein. Dagegen wird man M. voll zustimmen können, wenn er schreibt, daß mit der Rückgliederung des Memelgebietes „das ganze Baltikum ins deutsche Visier geraten“ war (ebenda).

Das von M. entworfene Bild der estnischen Außenpolitik und Haltung am Vorabend des Zweiten Weltkrieges entspricht im wesentlichen dem bisherigen Kenntnisstand: Estland betonte einerseits seine Neutralität, andererseits aber war deutlich, daß es in einem Kriege, vor die Entscheidung einer Wahl zwischen Deutschland und der Sowjetunion gestellt, sich der deutschen Seite an-

14) Offensichtlich durch eine Nachlässigkeit des Übersetzters oder eine allzu flüchtige Korrektur durch die Herausgeber heißt es auf S. 16, Litvinov habe dem deutschen Botschafter Nadolny „ein gemeinsames Protokoll der Sowjetunion und der baltischen Länder [!] über die Unabhängigkeit der baltischen Länder“ vorgeschlagen.

15) Der finnische Gesandte Palin schrieb nach M. in einem Bericht vom 3. März 1939, daß „Memel unter die Hoheitsgewalt Litauens gehörte, zeigte sich nur noch daran, daß es einen von der litauischen Regierung ernannten Gouverneur und eine kleine litauische Garnison hatte“ (S. 30).

schließen würde. Der Einfluß des estnischen Oberbefehlshabers General Laidoner auf die estnische Außenpolitik — M. bezeichnet ihn als „die richtungsweisende Persönlichkeit für die Entwicklung der außenpolitischen Orientierung“ (S. 34) — wird offensichtlich etwas überschätzt. Die entscheidende Stimme dürfte auch auf diesem Gebiet dem estnischen Staatspräsidenten Päts zugekommen sein. Zur außenpolitischen Haltung der Letten während der Sudetenkrise vermerkt M. zweifellos zutreffend, daß sich diese einem sowjetischen Durchmarsch, der zeitweise zu drohen schien, nicht widersetzt hätten (S. 39).<sup>16</sup> Ergänzend könnte zur außenpolitischen Orientierung der Letten darauf verwiesen werden, daß sie im Unterschied zu den Esten die deutsche Gefahr für größer als die sowjetische hielten. Diese Einstellung war sehr stark emotional bestimmt, wie folgende dem lettischen Staatspräsidenten Ulmanis zugeschriebene Äußerung zeigt: „Mein Verstand sagt mir, daß ich mich zu den Deutschen halten müßte, aber mein Herz läßt es nicht zu.“<sup>17</sup>

Der Abschluß des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages am 23. August 1939 war für die estnische, lettische und litauische Regierung völlig überraschend. Gestützt auf die Erinnerungen des Chefs des estländischen Nachrichtendienstes, Oberstleutnant Maasing, berichtet M., im estnischen Generalstab habe man bereits am 26. August gewußt, daß die baltischen Staaten im deutsch-sowjetischen Vertrag der sowjetischen Interessensphäre zugesprochen worden seien (S. 54). Im estnischen Außenministerium scheint man dagegen — was M. nicht erwähnt — zunächst anderer Ansicht gewesen zu sein. Nach einem Bericht des deutschen Gesandten Dr. Hans Frohwein vom 28. August hat ihn der estnische Außenminister zu dem Vertrag beglückwünscht und gemeint: „Hierdurch und durch vorherigen deutsch-estnischen Nichtangriffspakt habe Deutschland für Estland Sicherung der Lage herbeigeführt.“<sup>18</sup> Auch die lettische Regierung hatte schon früh vom Inhalt des Vertrages Kenntnis, wie nicht nur die Erinnerungen des bereits genannten Berliner Gesandten Krieviņš zeigen, sondern auch eine Tagebuchnotiz des Präsidenten der Deutschen Volksgemeinschaft in Lettland Alfred Intelmänn vom 24. August über ein Gespräch mit dem Minister für öffentliche Angelegenheiten Bērziņš.<sup>19</sup> Doch den

16) Offiziell wurde allerdings, wie M. weiter (S. 40) schreibt, erklärt, man werde die Unabhängigkeit und Selbständigkeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen. Dagegen ist es nach Auffassung des Rezensenten nicht ganz richtig, den mangelnden Verteidigungswillen damit zu erklären, daß die Bevölkerung nicht mehr hinter der Regierung gestanden und der Widerstand gegen dieselbe von Jahr zu Jahr zugenommen habe (ebenda). Der Widerstand dürfte im nachhinein erheblich überbewertet werden. — Im gleichen Zusammenhang wird als „wichtigste Stütze des Ulmanis-Regimes“ die „paramilitärische Aizsargi-Organisation“ bezeichnet und diese „eine Art von Privatarmee des Bauernbundes“ genannt. Das ist teils übertrieben, teils unrichtig. Die Aizsargi (= Schutzwehr) waren eine wichtige Stütze der Regierung, nicht mehr. Eine Privatarmee des Bauernbundes, der übrigens wie alle Parteien nach dem Ulmanis-Staatsstreich von 1934 aufgelöst wurde, waren sie niemals. Der Anteil der Altbauern, die hinter dem Bauernbund standen, an den Mitgliedern betrug rund ein Drittel. Vgl. dazu den in Anm. 10 genannten Aufsatz des Rezensenten, und zwar S. 234 und 241, Anm. 37.

17) W. v. Rüdiger: Die „Deutsch-Baltische Volksgruppe“. Ausklang, Hannover-Wülfel 1957, S. 4.

18) In: Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Bd 7, Baden-Baden 1956, S. 312, Nr. 375.

19) Näheres dazu in der in Anm. 2 genannten Arbeit des Rezensenten.

auf eine Preisgabe der baltischen Länder hinweisenden Informationen standen, wie der lettische Historiker *Edgars Dunsdorfs* wohl erstmalig ausführlich dargelegt hat, andere diplomatische Berichte und Nachrichten gegenüber, die einen „durchweg optimistischen Ton“ hatten. So habe sogar *Krieviņš* in einem Bericht vom 21. September 1939 gemeint, ihm scheine, „daß unsere Lage [d. h. die der Letten] zur Zeit günstiger sei als die Lage der südosteuropäischen Staaten. Bei der Aufteilung der Interessensphären mit den Russen hätten die Deutschen, so müsse man glauben, sich das *dominium maris baltici* behalten und den Russen das Schwarze Meer und dessen Küsten überlassen. Unsere Selbständigkeit sei für die Deutschen vorteilhaft, und deshalb glaube er nicht, daß die Deutschen eine Expansion der Russen in Richtung auf die baltischen Staaten zulassen würden. Dennoch könne sich alles ändern, wenn sich der bewaffnete Konflikt in die Länge ziehen sollte.“<sup>20</sup> Daß die Nachricht vom Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages „in den offiziellen Kreisen Lettlands“ „ruhig“ aufgenommen wurde, wie *M.* schreibt (S. 54), dürfte dennoch etwas übertrieben sein.

Mit dem Eingreifen der Sowjetunion in den deutsch-polnischen Krieg wurde dann aber ganz deutlich, wie ernst die Situation war. Die Reaktion von Regierungen und Öffentlichkeit war — so *M.* insbesondere auf Grund der Berichte der deutschen und finnischen Gesandten — „sehr bestürzt“ (S. 55). In seiner Darstellung der Verhandlungen der baltischen Regierungsvertreter in Moskau über die Einräumung von Stützpunkten wertet *M.* stärker als bisher geschehen die Berichte maßgeblicher estnischer, lettischer und litauischer Persönlichkeiten aus; dadurch wird, namentlich was Litauen anlangt, unsere Kenntnis in mancher Hinsicht erweitert. Aus dem von *M.* nicht herangezogenen oben genannten Bericht *Baron Wrangells* ist die Darstellung der estnisch-sowjetischen Verhandlungen noch dahin zu ergänzen, daß der estnische Staatspräsident *Päts* am 27. September 1939 u. a. auch den Versuch machte, über Vertreter der deutschbaltischen Volksgruppe Berlin an diesen und am Schicksal Estlands zu interessieren.<sup>21</sup> Besonderes Interesse verdient die verhältnismäßig breite Schilderung der Verhandlungen zwischen den baltischen und den sowjetischen Militärs zur Durchführung der Verträge über die Errichtung der sowjetischen Stützpunkte. Die sowjetischen Repräsentanten versuchten von vornherein, die Bestimmungen zu ihren Gunsten auszuweiten; die Möglichkeiten der baltischen Offiziere, dem entgegenzutreten, waren naturgemäß sehr begrenzt. Während die Esten und Letten im wesentlichen erfolgreich waren, mußten es die Litauer hinhemen, daß die Stützpunkte „ganz in die Nähe der beiden wichtigsten Zentren des Landes, Wilna und Kowno zu liegen kamen“ (S. 69).

Als die Errichtung der Stützpunkte dann ohne Zwischenfälle ablief und das politische und wirtschaftliche Leben in der bisherigen Form weiterging, trat eine gewisse Beruhigung ein. Dazu trug darüber hinaus bei, daß es den Sowjets gelungen war, bei den Moskauer Verhandlungen wenigstens einen Teil ihrer baltischen Gesprächspartner, wie *M.* beschreibt, zu beeindrucken und eine gewisse Glaubwürdigkeit zu erzielen, sei es, indem sich *Stalin* als Vertreter und Schützer der kleinen Völker gegen großrussischen Chauvinismus auf-

20) *E. Dunsdorfs*: *Kārļa Ulmaņa dzīve. Ceļinieks, Politīķis, Diktators, Mocekļis* [Das Leben *Kārlis Ulmanis*]. Wanderer, Politiker, Diktator, Märtyrer], Stockholm 1978, S. 440 f.

21) *Wrangell* (wie Anm. 8), S. 149.

spielte<sup>22</sup>, sei es, indem er oder Molotov das deutsch-sowjetische Zusammenspiel offenlegte, und zwar so, daß die Deutschen als die schlimmeren Feinde als die Russen erschienen. Nach M. hat der finnische Gesandte in Reval Hynninen berichtet, daß er die Aufzeichnungen eines maßgeblich an den Moskauer Verhandlungen beteiligten estnischen Politikers — wahrscheinlich Professor Piip, der dann Mitte Oktober Außenminister in der ungebildeten estnischen Regierung wurde — habe einsehen können; dieser habe darin u. a. geschrieben, er sei „geneigt zu glauben, daß Stalin und Molotov die Wahrheit sagten, als sie kategorisch versicherten, daß sie uns nicht den Kommunismus bringen und uns das Sowjetsystem an den Hals hängen wollen“ (S. 71). Andererseits verweist M. auf eine Äußerung des lettischen Außenministers Munters, nach der man sich durchaus darüber klar gewesen sei, daß die Erhaltung der bestehenden wirtschaftlichen und politischen Ordnung letztlich „ausschließlich von dem ‚bona fide‘ [!] Moskaus“ abhängig sei (S. 74).

Auch die sowjetischen Gesandtschaften in den baltischen Hauptstädten waren offenbar zunächst bemüht, das Mißtrauen der baltischen Politiker zu beseitigen und Vertrauen zu schaffen. So scheuten sie z. B. nicht davor zurück, wie M. schildert, gelegentlich Annäherungsversuche der einheimischen Kommunisten zurückzuweisen oder diese sogar den baltischen Regierungsbehörden zu übergeben (S. 92). Andererseits freilich ist nach M. nicht zu übersehen, daß die kommunistischen Parteien einen starken Auftrieb erhalten hatten; zahlenmäßig waren sie allerdings infolge der Säuberungen der 1930er Jahre völlig unbedeutend. Um die Jahreswende 1939/40 hatte sich, wie M. einem Bericht der deutschen Gesandtschaft entnimmt, „die kommunistische Opposition noch nicht richtig organisiert“. „Im Augenblick“, heißt es dort weiter, sei „die innere Lage für einen Umsturzversuch ungünstig“, dieses Bild aber könne sich schnell ändern, „wenn von Moskau das Signal zu inneren Unruhen gegeben würde“ (S. 88 f.).<sup>23</sup> Und seit März 1940 begann die Tätigkeit

---

22) Gestützt auf einen Aufsatz J. K a s l a s', gibt M. (S. 69) folgende leutseligen Äußerungen Stalins gegenüber dem stellvertretenden litauischen Ministerpräsidenten Bizauskas auf dem sich an die Vertragsunterzeichnung anschließenden Empfang wieder: „Wir Vertreter anderer Nationalitäten sollten an einem Strang ziehen gegen solche großrussischen Chauvinisten wie Molotov. Wenn ich nicht hier wäre, Sie zu schützen, würden die Großrussen oder die Deutschen Sie schlucken.“ — Auch in den Verhandlungen mit den Esten schlug Stalin eine ähnliche Taktik ein und versuchte sich als Anwalt der kleinen Völker gegenüber dem großrussischen Chauvinismus herauszustellen. Sogar der estnische Staatspräsident Päts war davon beeindruckt, wie Baron W r a n g e l l in seinem Aufsatz (wie Anm. 8, S. 152) berichtet.

23) Der von M. teilweise wörtlich aus dem Bericht der Deutschen Gesandtschaft zitierte Absatz wird leider durch Rückübersetzung aus dem Finnischen ins Deutsche statt nach dem deutschen Originalwortlaut wiedergegeben. Dort (Bericht der Deutschen Gesandtschaft Riga A-366 vom 24. 2. 1940, in: Pol. Archiv AA, Deutsche Gesandtschaft Riga, Best. Lettlands innere Politik, Bd 9) heißt es in dem entsprechenden Absatz: „Zur Zeit ist die innere Lage Lettlands einem Umsturzversuch nicht günstig: Landbevölkerung und städtische Intelligenz lehnen schon aus Selbsterhaltungstrieb den Kommunismus ab, und bei der Industriearbeiterschaft könnte nur eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage einen Nährboden für kommunistische Umsturzpläne schaffen. Naturgemäß gilt das Gesagte nur vom rein innenpolitischen Gesichtspunkt aus: Das Bild würde sich schnell ändern, wenn von Moskau aus das Signal zu inneren Unruhen gegeben würde.“ Nach Ansicht des Rezensenten müßte vom

der illegalen kommunistischen Parteien dann auch tatsächlich zuzunehmen, sehr wahrscheinlich als Folge der Konferenz der sowjetischen Gesandtschafts- und Handelsvertreter in den baltischen Staaten Mitte Februar in Moskau; sie war, so M., „der auffälligste Beweis dafür, daß die Probleme der sowjetischen Baltikumpolitik jetzt in ihrer ganzen Breite zur Diskussion standen“ (S. 113).

Die Sorge um die Zukunft war in den baltischen Ländern bereits seit dem Ausbruch des finnisch-sowjetischen Winterkrieges gestiegen. Die Sympathien lagen durchweg auf finnischer Seite, und aus allen drei baltischen Staaten stießen Freiwillige zu den finnischen Truppen. Die Regierungen aber hielten an einer unbedingten Neutralitätspolitik fest. Man fürchtete, schreibt M., daß ein Sieg die Sowjetunion verleiten könnte, alle bisher geübte Zurückhaltung aufzugeben und zur Einverleibung der baltischen Staaten zu schreiten (S. 96). Esten, Letten und Litauer versuchten ihre Zusammenarbeit zu verstärken und die bisher ganz lockere Baltische Entente, da nunmehr weder das Willna- noch das Memelproblem hindernd im Wege standen, auszubauen. Von den verantwortlichen baltischen Politikern habe aber keiner, betont M., an einen bewaffneten Widerstand gegen die Sowjetunion gedacht, vielmehr habe man „als Rettung“ einen Krieg zwischen Deutschland und der Sowjetunion gesehen (S. 103) und gehofft, dabei die Selbständigkeit behaupten zu können. „Die politische Führung in den baltischen Ländern“ — charakterisiert M. wohl zutreffend die Situation — „trieb eine Art von Politik des Abwartens in dem Glauben, daß die Zeit für sie arbeite. . .“ (S. 103). Der litauische Staatspräsident Smetona habe allerdings schon Anfang 1940 ganz auf Deutschland gesetzt und, wie M. wahrscheinlich macht, für Litauen eine ähnliche Stellung wie die der Slowakei angestrebt (S. 106 ff.).

Die Stimmung der Bevölkerung und die geschilderte Politik der baltischen Regierungen blieben Moskau naturgemäß nicht verborgen. Vom sowjetischen Standpunkt aus büßten die Verträge vom Herbst 1939 damit beträchtlich an Wert ein. Das sowjetische Mißtrauen gegenüber den baltischen Staaten und vor allem gegenüber jeder Art ihrer Zusammenarbeit untereinander habe daher ständig zugenommen (S. 112 ff.).<sup>24</sup> Wie weit die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den baltischen Staaten, die sich seit Beginn des Zweiten Weltkrieges noch verstärkt hatten, ebenfalls dazu beitrugen, ist umstritten. M. hält das für unwahrscheinlich (S. 108). Andererseits aber gibt es Belege dafür, daß man z. B. estnischerseits versuchte, gerade über das deutsche wirtschaftliche Interesse auch wieder das politische zu wecken.<sup>25</sup>

---

Übersetzer oder den Herausgebern zumindest angemerkt werden, wenn Zitate aus deutschen Quellen oder deutschem Schrifttum nur durch Rückübersetzung aus dem Finnischen wiedergegeben werden.

24) Daß die innenpolitischen Verhältnisse der baltischen Staaten in Moskau sehr genau beobachtet wurden, ist selbstverständlich. Ob die Ausbootung General Balodis' aus der lettischen Regierung im Frühjahr 1940 aber in Moskau besondere Beachtung fand, weil er „außenpolitisch die Hinwendung zur Sowjetunion als einzig richtige Politik angesehen und Deutschland als gefährlichsten Gegner Lettlands bezeichnet“ habe (S. 104), erscheint dem Rezensenten sehr fraglich, weil die geschilderte Einstellung Balodis' bisher keineswegs ausreichend belegt und bewiesen ist, nach seiner Vergangenheit sogar unwahrscheinlich erscheint. Sicher aber konnten die Sowjets in der Entlassung des Generals ein Zeichen für die mangelnde Stabilität bzw. Uneinigkeit in den lettischen Regierungskreisen sehen.

25) Dazu Näheres in der in Anm. 2 genannten Schrift des Rezensenten.

Mit dem Beginn des deutschen Angriffs im Westen war dann, betont M., auch für die Sowjets „der Augenblick ihres Handelns gekommen“ (S. 119). Die „Izvestija“ schrieben bereits am 16. Mai 1940: die gegenwärtigen Ereignisse, d. h. die Besetzung Belgiens, der Niederlande und Luxemburgs, hätten „wieder einmal bewiesen, daß die Neutralität der kleinen Staaten eine reine Phantasie“ sei, weil sie zu einer Verteidigung ihrer Neutralität gar nicht in der Lage wären. Deshalb hätten „kleine Staaten sehr selten Gelegenheit, selbständig zu bleiben“ (ebenda). Dennoch verging rund ein Monat, bis die sowjetische Besetzung dann Wirklichkeit wurde. Wie diese ablief und begründet wurde und wie es dann zur Eingliederung der baltischen Staaten in die UdSSR kam, ist schon mehrfach dargelegt worden; wesentliche neue Gesichtspunkte bringt M. dazu nicht. Das sogenannte „sozialistische System“ sei in den baltischen Ländern — heißt es bei M. weiter — zwar „mit verhältnismäßig friedlichen Mitteln eingeführt“ und die vom sowjetischen Standpunkt aus wichtige Aufgabe, den potentiellen „Widerstand des Klassenfeindes“ zu brechen, zunächst hinausgeschoben worden; diese sei dann aber dringlich geworden, nachdem der Molotov-Besuch in Berlin im November 1940 gezeigt hatte, daß der deutsche und der sowjetische Standpunkt nicht mehr miteinander zu vereinbaren seien. Spätestens zu diesem Zeitpunkt sei daher „mit der großangelegten Registrierung der antisowjetischen Elemente“ begonnen worden (S. 142 f.). Sie war die Vorbereitung für die Massendeportationen im Juni 1941, von denen in Estland rund 11 000, in Lettland 16 000 und in Litauen 21 000 Personen betroffen wurden (S. 144).

Die Abkühlung im deutsch-sowjetischen Verhältnis blieb selbstredend auch den baltischen Völkern nicht verborgen. Diese Entwicklung und die von Moskau betriebene Politik der Gleichschaltung, die in der Bevölkerung „in immer stärkerem Maße eine sowjetfeindliche Stimmung“ geschaffen habe (S. 144), führte dazu, daß sich die Hoffnungen immer mehr auf Deutschland richteten. Anfang 1941 gelang es nicht wenigen Esten und Letten, sich im Rahmen der sogenannten Nachumsiedlung aus Estland und Lettland in Deutschland in Sicherheit zu bringen; zur gleichen Zeit wurden auch die Deutschen aus Litauen umgesiedelt. M. verwendet für die Schilderung dieser Vorgänge allerdings nur wenige Zeilen.<sup>26</sup> Bereits seit Ende November 1940 bemühte sich der ehemalige litauische Gesandte in Berlin Škirpa, wie M. weiter berichtet, eine Verbindung zwischen den litauischen Widerstandsgruppen und deutschen militärischen Stellen herzustellen (S. 147). Als dann der deutsche Angriff auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 begann, wurde er von der überwiegenden Mehrheit der baltischen Völker freudig begrüßt.

Leider ist die deutsche Übersetzung der Untersuchung, die hier vorgestellt wurde, öfters etwas unbeholfen und daher nicht immer verständlich. So ist

26) Die Mitteilung über die Teilnehmer an der Nachumsiedlung ist nicht korrekt, wahrscheinlich durch die Schuld des Übersetzers. Auf S. 54 heißt es nämlich, unter den rund 16 000 Nachumsiedlern (tatsächlich waren es rund 17 500) seien „viele ihrer Staatsangehörigkeit [!] nach“ — statt Volkszugehörigkeit nach — „als Esten oder Letten zu Betrachtende“ gewesen. M. geht offenbar auch, wie die Anm. 55 auf derselben Seite zeigt, von der falschen Annahme aus, die Nachumsiedler hätten sofort die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Tatsächlich wurde bei den Nachumsiedlern deutscherseits zwischen Umsiedlern, die bereits 1939 ausgewandern wollten, aber auf Wunsch und im Interesse des Reiches im Lande blieben, und Flüchtlingen unterschieden; letztere — und zu diesen zählte die große Masse der mitumgesiedelten Esten und Letten — bekamen die deutsche Staatsbürgerschaft keineswegs sogleich.

z. B. nicht recht klar, was mit der Formulierung „baltische Wahl“ in den Überschriften der Kapitel I und II gemeint ist.<sup>27</sup> Erfreulich ist, daß im allgemeinen die althergebrachten deutschen Ortsbezeichnungen verwandt werden. Das ist bei kleineren Orten, den Kreisbezeichnungen und den Inseln vor der estländischen Küste allerdings leider nicht immer geschehen, obwohl die deutschen Namen unschwer festzustellen gewesen wären. Nach Ansicht des Rezensenten hätte konsequent verfahren werden müssen; besonders ärgerlich ist, daß dort, wo die estnischen Namen verwandt werden, diese nicht einmal immer richtig wiedergegeben werden, so z. B. Paldisk (S. 111, 130) statt Paldiski für Baltischport. In einem deutschsprachigen Werk sollte auch vom Amtssitz des estnischen Staatspräsidenten (dem von Peter dem Großen für seine Gemahlin, die spätere Kaiserin Katharina I., erbauten) Schloß Katharinental und nicht von dem Schloß Kadriorg gesprochen werden. Ebenso sollte von der Revaler Bäckerstraße die Rede sein und nicht ein estnisch-deutsches Mixtum compositum „Pagaristraße“ gebraucht werden, und auch die estnisch-finnische Mischform „Pagarikatu“ (S. 34, Anm. 41) ist unangebracht. Daß Zitate aus deutschen Werken oder Dokumenten nicht durch Rückübersetzung aus dem Finnischen, sondern nach dem deutschen Originalwortlaut gebracht werden sollten, wurde bereits erwähnt (Anm. 23). Auch sollte bei Hinweisen auf die Werke Lenins auf eine deutsche Ausgabe oder die russische Originalausgabe, aber nicht die dem deutschen Leser kaum zugängliche finnische Ausgabe verwiesen werden. Sehr störend sind die Fehler in Personennamen: Der bekannte baltische Historiker Wittram erhält den Vornamen Reinhold statt Reinhard (S. 10); der Name des lettischen Gesandten in Washington Bilmanis wird zu Bildmanis (S. 98), der des lettischen Kriegsministers in der Regierung Kirchenšteins Dambitis zu Damitis (S. 138). Daß die diakritischen Zeichen bei den lettischen Namen oft fehlen, mag noch verständlich sein, nicht angängig aber ist nach Ansicht des Rezensenten, daß die russischen Personennamen nicht nach der im Deutschen üblichen wissenschaftlichen Umschrift gebracht werden, sondern in finnischer Schreibweise, z. B. Buharin statt Bucharin, Zinoviev statt Zinov'ev (S. 23), Mehlis statt Mechlis (S. 92). Auch sollte in einer Darstellung, die die Zeit von 1938—1941 behandelt, soweit es die Sowjetunion anlangt, nicht von Ministern, sondern Volkskommissaren gesprochen werden, wie die Mitglieder der sowjetischen Regierung, des Rates der Volkskommissare, seit der bolschewistischen Revolution bis 1946 bezeichnet wurden. Ausgeschlossen ist ferner, auf das lettländische Parlament, die Saeima oder, wie es im Deutschen hieß, den Landtag, die in Finnland für die parlamentarische Vertretung übliche Bezeichnung Reichstag zu übertragen (S. 12). Der mehrfach erwähnte Minister A. Bērziņš der letzten Ulmanis-Regierung und sein Nachfolger in der Regierung Kirchenšteins P. Blaus werden fast stets als Minister für öffentliche Arbeiten bezeichnet; nur einmal wird die richtige Bezeichnung Minister für öffentliche Angelegenheiten verwandt (S. 116).

Diese Beispiele und die gelegentlich bereits in den Anmerkungen gegebenen Hinweise mögen genügen, um zu zeigen, wie wenig sorgfältig Übersetzer und Herausgeber vorgegangen sind. Es ist bedauerlich, daß die Arbeit eines ausländischen Wissenschaftlers in einem renommierten deutschen Institut in dieser Weise behandelt worden ist.

27) Sie lauten „Die Randstaaten werden vor die baltische Wahl gestellt“ und „Die Neutralitätspolitik als mißlungener Versuch, die baltische Wahl zu umgehen“. — Ähnlich ungeschickt ist die Wiedergabe folgenden Wortlautes eines Flugblattes: „Das vom Volk gewählte Parlament versammelt“ (S. 87).